



Hauptausschuss

3. Sitzung (nichtöffentlich)

21. September 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.00 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Stenograf: Otto Schrader

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150

1

In einem ersten Beratungsdurchgang behandelt der Ausschuss die ihn tangierenden Bereiche des Nachtragshaushalts: Einzelplan 01 - Landtag - und Einzelplan 02 - Ministerpräsident.

- 2 Ergebnis der so genannten bayerisch/nordrhein-westfälischen Kommission zur Ministerbesoldung und -versorgung**

6

Der Chef der Staatskanzlei kündigt einen umfassenden Bericht für die Sitzung des Hauptausschusses am 26. Oktober an.

3 Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

Antrag

der Fraktion der SPD,

der Fraktion der CDU,

der Fraktion der F.D.P. und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 13/1

7

Der Ausschuss befasst sich mit dem von SPD und Grünen eingebrachten Antrag auf Anfügung eines Absatzes 4 in § 17 GO. Die CDU-Fraktion beantragt dazu eine Anhörung. Die Sprecher der Fraktionen werden gebeten, einen Termin, eine Anzuhörendenliste und einen Fragenkatalog zu erarbeiten.

4 Bericht über das Verfahren zur Bestellung des Direktors beim Landtag

16

Die CDU-Fraktion gibt eine kurze Stellungnahme ab.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **Vorsitzender Edgar Moron** darauf hin, dass ihm vor wenigen Tagen ein Schreiben des Kollegen Jostmeier zugegangen sei, in dem dieser darum bitte, den Punkt "Position der Landesregierung zur Ökosteuer" in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufzunehmen. Er sei dieser Bitte nicht nachgekommen, weil er die Auffassung vertrete, dass dieses Thema nicht zum Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses gehöre.

Der Bitte des Chefs der Staatskanzlei, den Punkt "Ergebnis der so genannten bayerisch/nordrhein-westfälischen Kommission zur Ministerbesoldung und -versorgung in der Tagesordnung vorzuziehen, kommt der **Ausschuss** nach.

- 1 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/150

Einzelplan 01 - Landtag

Zu **Titel 519 20** - Größere Unterhaltungsarbeiten an Grundstücken, Gebäuden und Räumen - stellt **Werner Jostmeier (CDU)** fest, hierzu heiße es in der Begründung, dass 987.000 DM des Erhöhungsbetrags auf notwendige Umbauarbeiten infolge der Landtagswahl entfielen. Er bittet um eine detailliertere Darstellung.

Direktor beim Landtag Jeromin erläutert, die Mehrkosten stünden im Zusammenhang mit der Erhöhung der Zahl der Abgeordneten und der Tatsache, dass der Landtag nunmehr über vier Fraktionen verfüge. In einer Liste entsprechender Unterhaltungsarbeiten fänden sich folgende Einzelposten: Putzarbeiten, Bodenbelegungsarbeiten, Schreinerarbeiten, Elektroarbeiten, Malerarbeiten, Reinigungskosten, Kosten der Nachrichtentechnik, Herrichten von 150 Büros, Möblierungsergänzungen, Umzüge usw.

Zu **Titel 538 00** - Ausgaben für Datenverarbeitung - merkt **Werner Jostmeier (CDU)** an, die neuen PCs, die man erhalten habe, seien recht gut. Dennoch interessiere ihn, aus welchen Gründen die Ansatzserhöhung um 260.000 DM notwendig sei.

Direktor beim Landtag Jeromin antwortet, ein geringerer Betrag entfalle auf höhere Anschaffungskosten für Hardware für die F.D.P.-Fraktion. Etwa 200.000 DM seien wegen Mehrbedarfs des Benutzerservice erforderlich.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident

Zu den **Personalausgaben** führt **Werner Jostmeier (CDU)** aus, in "normalen" Verwaltungen seien 3 bis 5 % der Beschäftigten im höheren Dienst. In der Staatskanzlei seien dies 70 bis 80 %. Ihn interessiere, wie das begründet werde.

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Adamowitsch legt dar, bedingt sei dies durch die Aufgabenstruktur der Staatskanzlei. Er sei gern bereit, darüber bei anderer Gelegenheit noch einmal detaillierter zu referieren, wenn dies gewünscht werde. - Der Chef der Staatskanzlei lässt den Ausschussmitgliedern den neuen Organisationsplan der Staatskanzlei aushändigen.

Dorothee Danner (SPD) bittet um Auskunft, über wie viele Abteilungen die Staatskanzlei nach ihrer Aufgabenerweiterung verfüge und wie sich die Staatskanzleien anderer Länder strukturierten.

Bekanntlich sei in der Koalitionsvereinbarung festgelegt worden, die Aufgaben der Raumordnung und Landesplanung in den Geschäftsbereich der Staatskanzlei aufzunehmen, berichtet **CdS StS Adamowitsch**. Diese Aufgaben würden zukünftig in der Abteilung IV wahrgenommen. Die neu hinzugekommenen Aufgaben im Zusammenhang mit den Kirchen, den Jüdischen Kultusgemeinden und sonstigen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften fänden sich im Rahmen der Ressortkoordination - Abteilung II - wieder. Weggefallen seien in der Staatskanzlei die Aufgabenbereiche der Agenda-Prozesse, die nunmehr im Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz angesiedelt seien.

Mit der Neuorganisation der Staatskanzlei kehre man zu der klassischen Stab-Linien-Organisation zurück. Die Arbeitsstäbe würden aufgelöst. Danach gebe es fünf Abteilungen: 1. Recht, Verwaltung, 2. Landespolitik, Ressortkoordination, 3. Regierungsplanung, 4. Raumordnung und Landesplanung und 5. Europa- und internationale Angelegenheiten. Der Aufgabenbereich Medien und Telekommunikation sei dem Geschäftsbereich von Herrn Staatssekretär Klenke zugeordnet worden. Aufgeführt in dem neuen Organisationsplan der Staatskanzlei sei auch der Geschäftsbereich von Minister Samland, nämlich der für Bundes- und Europaangelegenheiten, und zwar in den drei Strängen "Vertretung des Landes bei der Europäischen Union",

"Europa- und internationale Angelegenheiten" - Abteilung V - und "Vertretung des Landes beim Bund".

Die Staatskanzlei in Baden-Württemberg verfüge über sechs Abteilungen sowie zwei weitere Abteilungen des Bevollmächtigten beim Bund, die bayerische Staatskanzlei über elf Abteilungen, die Berliner Senatskanzlei über sechs Abteilungen, die brandenburgische Staatskanzlei über fünf, die hessische über sieben, die in Mecklenburg-Vorpommern über vier, die rheinland-pfälzische über vier und die schleswig-holsteinische ebenfalls über vier, allerdings ohne die Vertretung beim Bund. In der bayerischen Staatskanzlei gebe es zwei Staatsminister und zwei Amtschefs. Gemessen daran sei die Organisation der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei relativ schmal.

Laurenz Meyer (CDU) bittet um einen Vergleich der Beschäftigtenzahlen in der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei in den Jahren 1990 und 2000.

CdS StS Adamowitsch sagt zu, eine entsprechende Aufstellung nachzureichen.

Helmut Stahl (CDU) möchte wissen, ob der Tatsache, dass auf Seite 17 die Projekt Ruhr GmbH erwähnt werde, zu entnehmen sei, dass diese Einrichtung in der Staatskanzlei ressortiere.

CdS StS Adamowitsch verneint. Bei der aufgeführten Leerstelle handele es sich um die des Kollegen Brauser, der zur Wahrnehmung der Aufgabe eines Geschäftsführers bei der Projekt Ruhr GmbH beurlaubt sei.

Werner Jostmeier (CDU) führt aus, in **Titel 712 30 - Ausbau des Gebäudes Stadttor 1, Düsseldorf** - würden weitere 600.000 DM für den Ausbau des "Stadttores" veranschlagt. Man habe sich in diesem Ausschuss schon bei anderer Gelegenheit darüber unterhalten, mit welchen Kosten der Steuerzahler allein im vergangenen Jahr durch die Tatsache belastet worden sei, dass die Staatskanzlei ins "Stadttor" umgezogen sei. Dies seien nur im vergangenen Jahr 46 Millionen DM gewesen. Nunmehr kämen weitere 600.000 DM hinzu. Das veranlasse ihn zu der Frage, ob dies allein mit Aufgabenverlagerungen innerhalb der Landesregierung im Zusammenhang stehe.

CdS StS Adamowitsch stellt klar, durch die Berufung eines Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten seien, bezogen auf die Ausbaumaßnahmen im "Stadttor", keine Kosten entstanden; denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der neuen Abteilung V seien auch vorher schon in der Staatskanzlei tätig gewesen. Die veranschlagten Mehrkosten seien zum einen für Maßnahmen erforderlich, die im Zusammenhang mit der Aufnahme der neuen Abteilung Raumordnung und Landesplanung in der Staatskanzlei stünden. Zum anderen seien

noch Schlussrechnungen im Rahmen des erfolgten Ausbaus aus dem letzten Jahr zu begleichen. Das habe nichts mit der Neuorganisation der Staatskanzlei zu tun.

Werner Jostmeier (CDU) spricht in diesem Zusammenhang einen Bericht der "Welt am Sonntag" vom vergangenen Wochenende an, nach dem der Finanzminister plane, die ehemalige Staatskanzlei zu verkaufen. Man habe sich im Hauptausschuss mehrfach über die weitere Verwendung der alten Staatskanzlei unterhalten. Bekanntlich gebe es sehr unterschiedliche Meinungen dazu über die Fraktionsgrenzen hinweg. Vor diesem Hintergrund wolle er in Erfahrung bringen, ob tatsächlich Pläne der Landesregierung existierten, die ehemalige Staatskanzlei zu veräußern. Er rege an, sich in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses mit dem Stand der Konzeption hinsichtlich der weiteren Verwendung des Gebäudes zu befassen.

Eine Veräußerung der alten Staatskanzlei sei nicht geplant, antwortet **CdS StS Adamowitsch**. Dort fänden derzeit Umbauarbeiten statt. Danach werde das Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie in das Gebäude einziehen. Davon getrennt werden müssten die Überlegungen hinsichtlich der Villa Horion. Es sei Angelegenheit des Landtags, von der sich dort bietenden Option Gebrauch zu machen.

Lothar Hegemann (CDU) merkt an, für das frühere Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales sei doch noch kürzlich ein Gebäude am Fürstenwall erst geleast und dann gekauft worden.

CdS StS Adamowitsch stellt fest, in dem Gebäude Fürstenwall sei das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit untergebracht. Das neue MASQT, dessen Abteilungen derzeit in unterschiedlichen Gebäuden untergebracht seien, werde seinen Sitz in der alten Staatskanzlei nehmen. Im Übrigen sei er gern bereit, einmal gesondert über die Belegungspläne der Landesregierung zu berichten.

Einen entsprechenden Bericht erbittet der **Ausschuss** für die nächste Sitzung.

Laurenz Meyer (CDU) berichtet, dass im Präsidium angestellte Überlegungen bezüglich Haushaltsansätzen im Etat des Landtags für Planungen im Zusammenhang mit der Weiterverwendung der Villa Horion vom Finanzminister recht negativ beurteilt worden seien. Vor diesem Hintergrund bitte er, in dem angekündigten Bericht auch darauf einzugehen, welche Kosten für Aus- und Umbaumaßnahmen die Regierungsumbildung verursacht habe und noch verursache, und außerdem die Kosten gegenüberzustellen, die seinerzeit von der Landesregierung gegenüber dem Landtag im Zusammenhang mit dem Bezug des "Stadttorens" durch

die Staatskanzlei mitgeteilt worden seien, mit den inzwischen entstandenen entsprechenden Kosten.

Lothar Hegemann (CDU) zitiert die Begründung zu der zur Diskussion stehenden Haushaltsstelle 712 30:

Nach der Organisationsentscheidung des Ministerpräsidenten ... sind der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten mit weiteren Mitarbeiter/-innen aus diesem Aufgabenbereich sowie Mitarbeiter/-innen aus den übergegangenen Aufgabengebieten "Raumordnung und Landesplanung" und "Kirchen, Jüdische Kultusgemeinden, sonstige Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften" zusätzlich im Dienstgebäude Stadttor 1 in Düsseldorf unterzubringen.

Da die aufgezählten Aufgabengebiete auch früher schon bearbeitet worden seien, müssten nach seiner Einschätzung an anderer Stelle Minderausgaben anfallen.

CdS StS Adamowitsch legt dar, die Unterbringung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Aufgabengebieten, die in die Staatskanzlei verlagert worden seien, erfolge im "Stadttor" im Bestand, ohne dass die Mietverhältnisse geändert würden. Die Mehrausgaben entstünden aufgrund dadurch notwendig werdender Umbaumaßnahmen, so etwa das Versetzen von Wänden und das Verkleinern von Räumen.

Lothar Hegemann (CDU) meint, wenn aus dem Gebäude am Kennedydamm die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Aufgabengebietes "Raumordnung und Landesplanung" auszögen und in der Staatskanzlei untergebracht würden, würden dort doch Räume frei, für die kein Mietzins mehr gezahlt werden müsse.

CdS StS Adamowitsch bittet zu bedenken, dass das Umweltministerium auch neue Aufgaben erhalten habe, zum Beispiel die Eine-Welt-Politik und den Verbraucherschutz. Das alles werde er in dem Bericht zur Unterbringung der Landesregierung aufgreifen.

Werner Jostmeier (CDU) bittet um Auskunft, warum der Ansatz des Titels 713 00 - Neubau der Landesvertretung NRW in Berlin - um 7 Millionen DM gekürzt werde.

CdS StS Adamowitsch äußert, dieser Betrag könne in diesem Jahr nicht mehr verausgabt werden.